

Beschluss
des 102. Ordentlichen Landesparteitages
der FDP/DVP Baden-Württemberg
am 5. Januar 2008 in Stuttgart

Die Zukunft der Hauptschule – FDP-Positionen zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg

Ausgangslage

Seit Anbeginn dieser Schulart stand die Hauptschule vor großen Herausforderungen. Die FDP Baden-Württemberg erkennt die hervorragende Arbeit zahlreicher Hauptschulen in Baden-Württemberg an. Mit dem hohem persönlichem Einsatz und dem großen Ideenreichtum ihrer Lehrer, Eltern und Ehrenamtlichen waren und sind diese Schulen ein Gewinn für die gesamte Bildungslandschaft in unserem Land.

Darüber hinaus leisten die Hauptschulen einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund.

Dennoch leiden viele Hauptschulen in Baden-Württemberg, wenn auch weniger als in anderen Bundesländern, unter dem Rückgang der Schülerzahlen. Er ist bedingt durch die demographische Entwicklung, aber auch durch die mangelnde Akzeptanz dieser Schulart von Seiten der Wirtschaft und damit in der Folge auch von Seiten der Eltern.

Ein Hauptschulabschluss eröffnet heute nicht mehr in jedem Fall sofort den Einstieg in das Berufsleben, zum einen durch eine von der Wirtschaft immer wieder beklagte unzureichende Grundbildung der Hauptschulabgänger, zum anderen durch ständig wachsende Ausbildungsanforderungen. Sie sind bedingt durch die rasante technische Weiterentwicklung und damit verbundene neue Arbeitstechnologien und Formen der Arbeitsorganisation sowie die Auswirkungen der Globalisierung. Die Hauptschule bewegt sich, so hat es ein Hauptschulrektor kürzlich formuliert, in einem „Laufrad der kontinuierlichen Profilierungsnot“ und ist damit in den Mittelpunkt einer Schulstrukturdebatte geraten, die sich der Hauptschule bedient, um das gegliederte Schulsystem in Baden-Württemberg insgesamt in Frage zu stellen.

Die FDP stellt sich der Situation der Hauptschule, sieht aber in einer verengten Strukturdebatte nicht die Lösung ihrer Probleme. Bildungsexperten machen seit Jahren deutlich, dass nicht die Struktur eines Schulsystems, sondern die Qualität des Unterrichts für den Bildungserfolg einer Schule maßgeblich ist.

Wir setzen auf eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg mit der Hauptschule als Bestandteil eines Schulangebotes, das mehr Chancen durch individuelle Bildungswege bietet. Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten muss dabei gewährleistet sein.

Die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes muss zum Herzstück der Bildungspolitik werden. Unsere Kinder haben die bestmögliche Förderung verdient, auch Schüler, die Lern- und Leistungsprobleme haben durch mangelndes Sprachvermögen, durch fehlende elterliche Zuwendung oder andere entwicklungshemmende Faktoren.

Deshalb setzt sich die FDP Baden-Württemberg ein für:

I. Eine verstärkte individuelle Förderung der Kinder in der frühkindlichen Bildung

Die Stärkung der frühkindlichen Bildung ist für die FDP Baden-Württemberg ein zentrales Anliegen. Im Kindergarten werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt. Wichtigste Voraussetzung dazu ist, dass alle Kinder beim Übergang in die Grundschule schulfähig sind und vor allem ausreichende Deutschkenntnisse haben, um dem Unterricht folgen zu können. Mit den Projekten „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Kindergarten“, „Schulreifes Kind“ und der Weiterentwicklung der Schuleingangsstufe „Schulanfang auf neuen Wegen“ ist die Landesregierung unter maßgeblicher Beteiligung der FDP Baden-Württemberg auf einem gutem Weg. Aber wir brauchen als Voraussetzung für diese Programme so schnell wie möglich verbindliche Sprachstandsdiagnosen für alle Kinder im vierten Lebensjahr und bei Förderbedarf eine individuelle Förderung, denn Sprache ist der Schlüssel zum schulischen Erfolg. Außerdem muss das Kindergartenpersonal ausreichend vorhanden sein, mit den Testergebnissen umgehen und die Kinder adäquat fördern können.

Deshalb fordern wir:

- die verpflichtende qualifizierte Sprachstandsdiagnose im vierten Lebensjahr unverzüglich einzuführen. Hierbei ist sicherzustellen, dass sich auch die Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, einem solchen Test unterziehen. Bei Bedarf soll eine frühzeitige individuelle Förderung angeboten werden. Bei der verstärkten Sprachförderung und der Durchführung verbindlicher Sprachstandsdiagnosen ist eine verstärkte Kooperation zwischen Schule und Kindertagesstätte erforderlich
- die Verbesserung der Erzieheraus- und weiterbildung; dabei muss der Fokus nicht nur auf die Entwicklung von Drei- bis Sechsjährigen, sondern auch auf die Entwicklung des Kleinkindes gelegt werden; auch in den Bereichen Organisation, Öffentlichkeits- und Elternarbeit sowie für Problemlösungen mit Bezug auf Migration wünschen sich viele Erzieherinnen und Erzieher zusätzliche Kompetenzen
- eine Umschichtung von Ressourcen in den Bereich der frühkindlichen Bildung, um das Ziel, alle Kinder bis zur Schulreife zu fördern, auch wirklich zu erreichen; mehr Ressourcen in diesem Bereich – das ist die nachhaltigste und damit beste Sparpolitik, die unser Land betreiben kann

II. Die Verstärkung der individuellen Förderung der Schüler in der Hauptschule

In der globalisierten und hoch technisierten Wissensgesellschaft von heute geht es darum, methodisch unterschiedliche Lernwege zu eröffnen, die jedem Schüler vielfältige Lern- und Leistungschancen bieten, ohne ihn damit schon auf bestimmte Berufslaufbahnen und Lebenschancen festzulegen. So muss auch der Bildungsgang Hauptschule als ein Weg des Lernens, aber nicht als endgültiges Ziel des Lernens begriffen werden. Auch in der Hauptschule sind alle Schüler durch die Erstellung von individuellen Entwicklungsplänen zu fördern. Die mittlerweile durchschnittlich kleinen Klassen an die Hauptschulen – so hatten im letzten Schuljahr knapp 54 % der Hauptschulklassen in Baden-Württemberg bis zu 20 Schüler, 33 % zwischen 21 und 25 Schüler – sind eine gute Voraussetzung für die individuelle Förderung der Schüler. Die Hauptschule muss zum Lern- und Lebensraum werden, der jedem Schüler Bildungschancen unabhängig von seinem Elternhaus eröffnet. Diese Offenheit und Vielfalt der Wege sind auch der Sinn von schuleigenen Programmen und Profilen. Und in weiteren Schulversuchen müssen auch neue Wege ausprobiert und getestet werden dürfen.

Deshalb fordern wir:

- die Stärkung der Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik sowie der sozialen Kompetenzen, die Erstellung individuell gestalteter Lernwege im Rahmen einer möglichst frühen Kompetenzanalyse sowie die Stärkung der Berufswegeplanung; erste Schritte in diese Richtung sind Bestandteil des jüngsten Stützungskonzepts der Hauptschule, das auf Anregung und in enger Zusammenarbeit mit der FDP/DVP-Fraktion vom Kultusministerium erarbeitet worden ist und jetzt zügig, mit den notwendigen Ressourcen versehen, umgesetzt und weiter ausgebaut werden muss
- angesichts der demographischen Entwicklung mit sinkenden Schülerzahlen den Ausbau der Leistungsfähigkeit der Hauptschulstandorte gemeinsam mit der kommunalen Seite; dabei müssen die Lehrerressourcen auch bei der Konzentration von Standorten dem Hauptschulbereich erhalten bleiben für pädagogische Verbesserungen, für den Ausbau der Ganztagesbetreuung, für mehr individuelle Förderung und für die Verkleinerung von noch übergroßen Klassen vor allem im großstädtischen Bereich
- den Budget-Gedanken auf den gesamten Schuletat einschließlich der Personalkosten auszudehnen, damit Hauptschulen ein eigenes Profil und die dafür nötige Personalentwicklung betreiben können; Ausbau des Vorhabens „Geld statt Stellen“, damit Hauptschulen selber entscheiden können, welches zusätzliche Personal sie einstellen wollen wie etwa pädagogische Assistenten oder Schulsozialarbeiter
- die vollständige Aufhebung der Hauptschulbezirke für mehr Wettbewerb der Schulen untereinander und mehr Akzeptanz durch die Wahlmöglichkeit; der Wettbewerb muss auch durch die Veröffentlichung von externen Evaluationsergebnissen gestärkt werden
- die Kooperation von Haupt- und Realschulen mit differenzierten Bildungsgängen und Abschlüssen, aber teilintegriertem Unterricht bis hin zur Option einer gemeinsamen Eingangsstufe in den Klassen 5 und 6, wenn dies vor Ort gewünscht wird; dadurch können leistungsstärkere Schüler länger am wohnortnahen Schulstandort gehalten werden, die Stigmatisierung der Hauptschüler vermieden und die Hauptschule insgesamt gestärkt werden; eine mögliche Kooperationsform sind Schulverbände zwischen Haupt- und Realschulen unter gemeinsamer Leitung mit großen Vorteilen für Schulträger und Schulen: die Schulträger sparen durch gemeinsame Verwaltung, Leitung und Ausstattung, die Schulen bekommen leichter eine ausreichende Lehrerversorgung, haben weniger Probleme im Vertretungsfall und das Schulklima verbessert sich deutlich durch gemeinsame Gremien auf allen Ebenen
- Integrierte Schulformen, wie Kooperationsmodelle von Haupt- und Realschulen, können den regionalen Bildungsstandort stärken. Die Landespolitik darf sich integrierten Schulformen nicht in den Weg stellen, wenn sie vor Ort gewünscht werden
- den Zugang zum Werkrealschulabschluss zu verbessern und die Zahl der Hauptschulen mit Werkrealschule zu erhöhen, damit möglichst viele Hauptschüler die Chance haben, einen mittleren Abschluss zu erlangen; der Evaluation des Werkrealschulabschlusses ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um die Gleichwertigkeit mit dem Realschulabschluss sicher zu stellen
- Offenheit für regionale Schulprojekte, die flexiblere Übergangszeitpunkte in weiterführende Schulen zum Gegenstand haben. Darüber hinaus sind längere Grundschulzeiten für alle Schüler oder integrative Formen im weiterführenden Schulwesen zuzulassen, wo sie vom Schulträger, den Lehrern und den Eltern gewollt werden
- die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung solcher Schulversuche zur Klärung der Frage, ob längeres gemeinsames Lernen mehr Chancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ermöglicht
- die Erlaubnis zur Fortsetzung erfolgreicher Schulversuche in einem Dauerstatus als Schulen besonderer Art und die Erlaubnis zur Nachahmung. Erfolgreiche Modellprojekte sollen nicht für eine Symbolpolitik des Kultusministers missbraucht werden, sondern eine wissenschaftliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Hauptschule bieten.

- eine Intensivierung der Elternarbeit; nicht nur, vor allem aber auch Eltern mit Migrationshintergrund - jedes dritte Kind unter fünf Jahren in Deutschland ist ausländischer Herkunft oder hat mindestens einen ausländischen Elternteil - müssen viel stärker als bisher am Bildungserfolg ihrer Kinder interessiert werden durch Zielvereinbarungen im Rahmen der individuellen Schulwegeplanung, durch regelmäßige Elterngespräche und durch stärkere Beteiligung am Schulleben; wünschenswert sind in diesem Zusammenhang auch eine angemessene Anzahl Lehrer an unseren Schulen mit Migrationshintergrund sowie der Ausbau von Projekten außerschulischer (Bildungs-)Träger vor allem zum Spracherwerb der Eltern

III. Die Verbesserung der Situation der Hauptschullehrer

Hauptschullehrer haben die kürzeste Ausbildungszeit, die höchsten Unterrichtsverpflichtungen und sie werden dafür schlecht bezahlt. So ist es nicht verwunderlich, dass immer weniger junge Menschen diesen Beruf ergreifen wollen.

Deshalb fordern wir:

- bessere Bezahlung der Hauptschullehrer
- Leistungsanreize für besondere pädagogische Leistungen
- die Spreizung von Eingangsamts in A 11 und die Schaffung eines Beförderungsamtes in A 13 für Hauptschullehrkräfte
- eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zugunsten der von Hauptschulrektoren zu leistenden Verwaltungsaufgaben wie bei den Realschulrektoren
- die Möglichkeit der Einführung eines eigenständigen Lehramtes für Hauptschullehrer an den Pädagogischen Hochschulen; bei der angestrebten engen Kooperation von Haupt- und Realschulen stellt sich allerdings alternativ auch die Frage einer einheitlichen Ausbildung weg von der schulartbezogenen, hin zur schulstufenbezogenen Ausbildung
- eine Auffächerung des Lehrerberufs in weitere schulbezogene Berufsbilder und ein breites Angebot an Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung
- mehr Freiraum und Eigenverantwortung bei der Gestaltung des Unterrichts
- eine besserer Kommunikationskultur zwischen der Kultusbürokratie einschließlich des Ministeriums und den Lehrkräften, Eltern und Schülern vor Ort

An der Basis bei den Hauptschullehrern ist ein immenses Potential an Fachwissen, Einsatz- und Leistungsbereitschaft, Kreativität und intensiver Auseinandersetzung mit Schulentwicklung vorhanden. Dieses Potential muss genutzt werden, um im Dialog gemeinsam an der Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft in Baden-Württemberg zu arbeiten. Denn Schule muss sich weiter entwickeln, so wie sich die Gesellschaft weiter entwickelt in ihrer sozialen und ethnischen Zusammensetzung und wie sich die Anforderungen an uns ständig verändern, wenn wir ein selbstbestimmtes, unabhängiges und lebenswertes Leben führen wollen. Deshalb öffnet die FDP Baden-Württemberg der Hauptschule Entwicklungschancen, die jede Schule autonom und selbstverantwortlich nutzen kann, bedarfsgerecht und gemäß den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen für die best mögliche Entwicklung der ihr anvertrauten Schüler.